



grün:inhalt

Seite 2

- 6 Kultursenatoren in 6 Jahren = fortschreitende Auflösung
- Mehr Solaranlagen auf Bremens Dächer

Seite 3

- SchülerInnen beurteilen ihren Unterricht
- Flughafen: Beschränkungen der Nachtflüge einhalten

Seite 4

- Untersuchungsausschuss ›Klinikverbund‹
- Untersuchungsausschuss ›Kindeswohl‹

Seite 5

- Aktionsplan kinderfreundliches Bremen
- Umzüge von Behörden sind keine Sparmaßnahmen

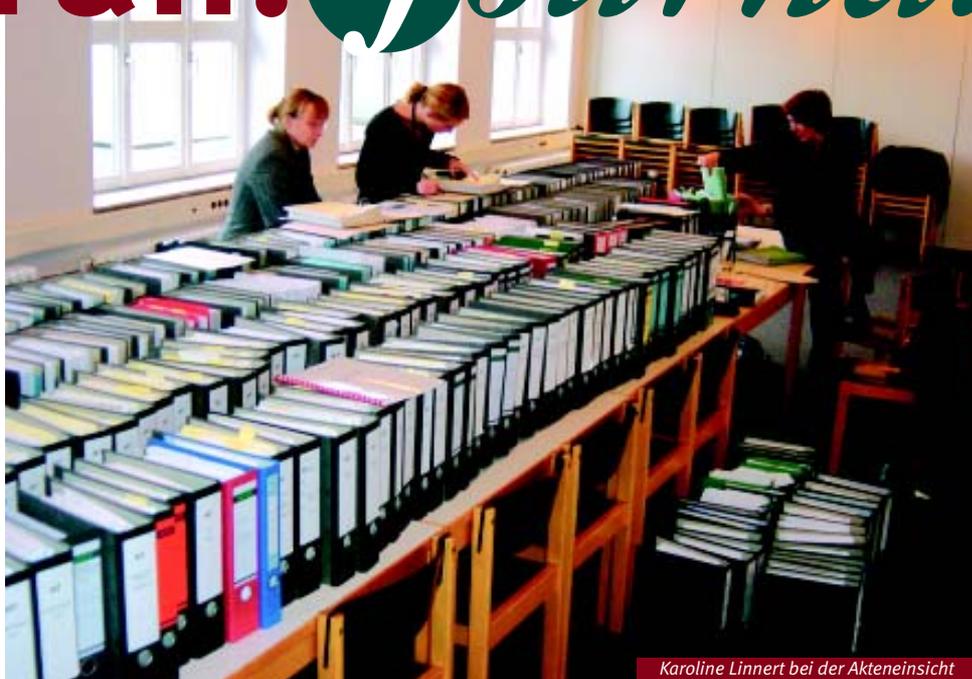
Seite 6

- Bremerhavens OB will ein neues Rathaus haben
- Regelsätze in ALG II und Sozialhilfe anheben

grüne ecke

›Besseres als den Tod ...

... findest du überall, hatten sich die Stadtmusikanten gedacht und waren nach Bremen gezogen. ›Die sind doch nie in Bremen angekommen!‹, dachten sich wohl ein paar Vandalen und machten in der Neujahrsnacht der LeseLust-Skulptur der grünen Fraktion den Garaus. Sie bleibt spurlos verschwunden.



Karoline Linnert bei der Akteneinsicht

Mehr Demokratie tut Bremen gut

Lange ist es her, das Motto von Willy Brandt: ›Mehr Demokratie wagen!‹ Aber nie war es so wertvoll wie nach zwölf Jahren großer Koalition in Bremen.

Die Offenheit und Transparenz, die politischer Streit, gerade auch zwischen den großen Volksparteien, bringt, wickelt die Dreisprung aus Totschweigen, Vertuschen, Schönreden. Sonnenkönig Henning I. war in der Lage, ohne nennenswerten Widerspruch öffentlich von acht Milliarden Schulden zu reden, als wir schon bei 13 waren. Scheinprivatisierte Gesellschaften bei Krankenhäusern, Wirtschaftsförderung, Immobilien, Häfen etc.: ohne Kontrolle durch die Verwaltung. Eine Verwaltung, zum Beispiel Jugendamt, Ausländerbehörde, Verfassungsschutz: ohne Kontrolle durch das Parlament. Restdemokratie in großkoalitionären Vorbesprechungen von Deputationen als Regierungsform jenseits der parlamentarischen Demokratie.

Was werden wir Grünen für *Mehr Demokratie* tun, außer eine der großen Volksparteien in die Opposition zu schicken?

- Das Parlament, die Bremische Bürgerschaft, wieder in den Mittelpunkt der Verfassung rücken.
- Deputationen abschaffen zugunsten von Parlamentsausschüssen.
- Haushaltsklarheit und -wahrheit wieder herstellen.
- Durch direkte Demokratie den Bürgerinnen

und Bürgern ein machtvolles Gegengewicht zurückgeben mittels Senkung der Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide und durch Finanzreferenden bei größeren Investitionen.

- Die von den Bürgerinnen und Bürgern durchgesetzte Wahlrechtsreform auch tatsächlich anwenden.
- Die lokale Demokratie stärken durch wirksamere Beiräterechte und demokratisch gewählte Ortsamtsleiter.
- Wahlrecht für alle, auch Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen, wenn sie mindestens acht Jahre in Bremen und Bremerhaven gelebt haben, um die Macht mit allen BremerInnen zu teilen und nicht nur mit denen, die einen deutschen Pass besitzen.
- Verantwortung der gewählten Politik und der von ihr beauftragten Verwaltung wieder herstellen durch Zuhören statt Wegbeißen, wenn sich besorgte Bürger melden, um auf Missstände aufmerksam zu machen.

Große Koalitionen dagegen machen taub und stumm. Kennt jemand jemanden, der sich eine Verbesserung des deutschen Fußballs versprechen würde durch die Fusion von Werder Bremen und Bayern München?

Eben.

grün: Aktion

Misswirtschaft im Kulturressort

Der Rechnungshof bescheinigt der Kulturverwaltung eine ›fortschreitende Auflösung der Organisationsstrukturen‹. Fünf Kultursenatoren in sechs Jahren hat die CDU an die Spitze des Ressorts gesetzt, aber auch Kultursenator Nr. 6, Jörg Kastendiek, verwaltet die Kultur ohne Herzblut.



Von links nach rechts: Schulleiterin Frau Wagner, WiN-Koordinator Herr Stöver, die Elternlotsin Frau Uludasdemir, Matthias Güldner, die Elternlotsin Frau Müller, Frau Bitterwirtz von der Bremer AWO, Anja Stahmann und Frau Stöver vom Projekt MUT

Eltern lotsen Eltern

Als ein ›Vorzeigeprojekt, das Schule machen sollte‹, bezeichnet Anja Stahmann die ›Muttersprachlichen Elternlotsen‹ in der Vahr. Diese beraten russisch bzw. türkisch sprechende Eltern, die mit dem deutschen Schulsystem wenig vertraut sind. Zwischen Eltern und Lehrkräften bilden die Lotsen eine wichtige Brücke. Integrationsexperte Matthias Güldner: ›Das aus Selbsthilfe entwickelte Projekt ist ein Selbstläufer. Von anderen Schulen liegen bereits Anfragen vor. Es muss dringend ins Bremer Integrationskonzept aufgenommen werden, um die Fortsetzung zu gewährleisten!‹

Wohnen in der Überseestadt

Auf Einladung der Grünen informierten sich Interessierte bei einer Bustour durch die Überseestadt über die neuesten Entwicklungen. Begeistert zeigte sich die baupolitische Sprecherin Karin Krusche von dem umgebauten Speicher I mit seinen attraktiven Büros und den weiteren Aktivitäten am Europahafen. ›Wir begrüßen die Initiative des Investors und freuen uns, dass die Aussicht auf die Verbindung von Wohnen und Arbeiten in der Überseestadt näher gerückt ist.‹



Joachim Linnemann von der Justus Grosse GmbH mit Karin Krusche

Einstellungsstopps, Haushaltsnotlage, schmerzhaft Sparbeschlüsse auf allen Ebenen – von einer transparenten und strukturierten Organisation ist das Kulturressort weit entfernt. Bei Personaleinstellungen wird der Personalrat übergangen, korrekte Einstellungsverfahren müssen vor Gericht erstritten werden. Politische Führung scheint im Kulturressort ein Fremdwort zu sein. Karin Krusche, kulturpolitische Sprecherin: ›Der Umstrukturierungsprozess im Kulturressort ist eine never ending story. Bis heute gibt es keine neue Abteilungsleitung, die Zuständigkeiten und die Verteilung der Verantwortlichkeiten sind unklar, und das alles wird auf dem Rücken der Kulturschaffenden dieser Stadt ausgetragen. Gerade in Zeiten knapper Mittel müssen die Einrichtungen und Initiati-

ven feste AnsprechpartnerInnen haben, damit sie vernünftig rechnen und planen können.‹ Zum Vorschlag des Rechnungshofs, die Kulturverwaltung in ein größeres Ressort zu integrieren, meint Karin Krusche: ›Das lehne ich ab. Es ist eine politische Frage, welche Bedeutung die Kultur für eine Stadt wie Bremen haben soll. Danach richten sich auch die Ressortzuschnitte. Kultur ist kein überflüssiger Luxus, sondern ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Stadt. Deshalb muss es auch weiterhin ein eigenständiges Kulturressort geben: mit klarem Aufgabenzuschnitt und einem Senator oder einer Senatorin, der oder die mit Leidenschaft nach innen wie nach außen die Belange der Kulturschaffenden in Bremen vertritt und das Ressort im Griff hat.‹

Solaranlagen in Bremen ausbauen

Wer weiß spontan, wo in Bremen eine Photovoltaikanlage zu sehen ist? Obwohl das Umweltressort in seinem neuen Energiebericht stolze 360 Photovoltaikanlagen für das Jahr 2005 melden kann, sind Bremens Potentiale in keiner Weise ausgeschöpft.



Karin Mathes, energiepolitische Sprecherin

Vom ›Solarstreit‹ im Herbst 2006 bekam kaum jemand etwas mit: Hinter verschlossenen Türen hatte die Gesellschaft Bremer Immobilien (GBI) den Nutzungsvertrag für Solaranlagen auf öffentlichen Dächern derart verschlechtert, dass neue Anlagen nicht mehr realisiert worden wären. Im letzten Moment korrigierte die GBI auf Druck der grünen Bürgerschaftsfraktion, von Umweltverbänden, Schulen und potentiellen Investoren ihren Vertrag. Offenbar weiß der Senat nicht, was die GBI treibt – um so wichtiger ist es, dass unabhängige Institutionen und wir Grünen ständig wachsam sind. Glücklicherweise ist es gelungen, dass jetzt der Weg frei ist für neue Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, zum Beispiel auf dem Finanzamt in Bremerhaven, auf dem mit einer

Bürgersolaranlage Sonnenenergie produziert werden soll. Neue Solaranlagen zur Wärmeversorgung brauchen ebenfalls ihren Platz. Auch deren Zahl ist deutlich steigerbar. Und wer keine eigene Dachfläche hat, kann eventuell auf öffentliche Dächer zugreifen (Infos dazu: www.solardachboerse-bremen.de).

Wir erwarten, dass in Zukunft potentielle Investoren beraten, informiert und motiviert werden, um auf öffentlichen oder auch auf eigenen Dächern deutlich mehr Solarenergie zu erzeugen. Der Klimawandel zeigt es überdeutlich: Erneuerbare Energieerzeugung ist das Gebot der Gegenwart und der Zukunft!

Besserer Unterricht durch Schüler-Feedback

Ein an Waldorfschulen erfolgreich praktiziertes Modell könnte sich nach Ansicht der Grünen auch in anderen Bremer Schulen durchsetzen: Schülerinnen und Schüler sollen zweimal pro Jahr den Unterricht bewerten.

Nur wenige Schulen machen von so genannten ›Schülersprechtagen‹ Gebrauch. ›Wie ihr Unterricht von den SchülerInnen eingeschätzt wird, wollen viele Pädagogen lieber nicht wissen. Ein solches ‚Feedback‘ für Lehrerinnen und Lehrer ist meines Erachtens allerdings sehr wichtig und positiv für alle Beteiligten. Dies sollte auch in Bremen Schule machen‹, regt die grüne Bildungsexpertin Anja Stahmann an.

Wie empfinde ich persönlich das Lernklima an der Schule? Was habe ich im letzten Halbjahr dazu gelernt? Was hat mich gestört? Wo habe ich Probleme? Regelmäßige Antworten auf diese Fragen aus der individuellen Schülerperspektive sind im skandinavischen Ausland längst Praxis. In Bremen wird solch ein Modell an der Waldorfschule erfolgreich praktiziert: Eine Schule, die auf Noten verzichtet, aber großen Wert auf aussagekräftige Beurteilungen von Lehrern und Schülern legt.

Nach Auffassung der Grünen könnte das Schüler-Feedback für alle Schulen von der ersten Klasse an eingeführt werden. ›Schülerinnen und Schüler bekommen so von Anfang an Gelegenheit, sich offen über den Unterricht und das Lernklima zu äußern. Über diese direkten, sehr unterschiedlichen Urteile bekommen Lehrkräfte wichtige Hinweise darauf, wie sie ihren Unterricht verbessern können‹, ist sich Anja Stahmann sicher. ›Die Rückmeldungen bieten die Möglichkeit für Lehrerinnen und Lehrer, sich mit den Schülerinnen und Schülern über ihre Erwartungen an sie und den Unterricht auseinanderzusetzen. Die Evaluation der Lehrkräfte durch diejenigen, die beschult werden, ist ein Baustein zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und des Lernklimas insgesamt.‹

Erfolg für Bremer Flughafenanwohner

Lange Zeit hat es die Bremer Fluglärmkommission (FLK) vermieden, die Änderung der Abflugroute für Flüge Richtung Südosten zu beschließen. Druck aus dem Petitionsausschuss half nach.

Bislang wurden die Flüge über Hemelingen geleitet. AnwohnerInnen des Stadtteils hatten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass eine Verlegung der Route über das Wesertal nahe läge, weil dieses Gebiet weitaus dünner besiedelt ist. Ohne den Druck aus dem Petitionsausschuss hätte die FLK die Entscheidung sicher weiter auf die lange Bank geschoben. Je eine Studie der Deutschen Flugsicherung und des Umweltsenators waren nötig, um die Kommission zu überzeugen. Beide attestierten der so genannten ›Wesertalroute‹ eine bessere Lärmsituation: Je früher die Flugzeuge nach ihrem Start Richtung Süden abdrehen würden, desto besser, hieß es dort einhellig. Die FLK will sich nun im Februar nochmals mit dem Thema befassen – eine positive Entscheidung hat sie bereits angekündigt.

Ab März startet der Billigflieger Ryanair am Flughafen Bremen, was die Grünen aus wirtschaftspolitischer Sicht begrüßen. Allerdings werden sich die Flugbewegungen um rund 25 Prozent im Jahr steigern – für die AnwohnerInnen ein berechtigter Grund zur Sorge. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Verkehrslärm sind hinlänglich bekannt, daher muss vor allem die Nachtflugbeschränkung am Flughafen Bremen strikter eingehalten werden. Von 2005 auf 2006 sind die Nachtflüge trotz der bestehenden Regelung um über 200 Prozent angestiegen. Mit einer Kleinen Anfrage wollen die Grünen wissen, warum und auf welcher Grundlage der Senator für Wirtschaft und Häfen derart viele Nachtflüge genehmigt.



grün: **Neues aus der Bürgerschaft**

Bremens Rolle in Kurnaz-Affäre klären

Die Verantwortung der Bundes- und Landesregierung für die Haftdauer von Murat Kurnaz war Thema einer Aktuellen Stunde, die die grüne Fraktion in die Bürgerschaft eingebracht hatte. Jahrelang hatten sich die Bremer Grünen für die Freilassung von Kurnaz eingesetzt. Kommentar von Matthias Güldner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: ›Es ist ein Sakndal, dass Bundes- und Landesregierung aktiv die Wiedereinreise von Murat Kurnaz in

seine Geburtsstadt Bremen verhinderten. Der Senat – an erster Stelle Innensenator Röwekamp – muss jetzt öffentlich zu seiner Rolle in der Affäre Stellung beziehen. Eine Entschuldigung bei dem fast fünf Jahre zu Unrecht Inhaftierten wäre ein guter Anfang.‹ In der Erwartung, endlich Licht in die Verstrickung des Bremer Innensensors in die Affäre bringen zu können, hat Güldner Einsicht in alle Kurnaz betreffenden Akten beantragt.

i Matthias Güldner ☎ 3011-236

Kosten darlegen

CDU und SPD haben kein Interesse daran, der Bevölkerung reinen Wein über die Investitionssumme bei öffentlichen Bauvorhaben einzuschenken. Die Grünen hatten bereits im Herbst 2005 in einem Antrag gefordert, auf Baustellenschildern Kosten, Baubeginn und Ende der Maßnahme offen zu legen. Dieser Antrag schmorte lange in der Baudeputation. Jetzt lehnte die Koalition den Antrag endgültig ab.

i Karin Krusche ☎ 3011-253

Faule Tricks

Studierende, die nicht in Bremen wohnen, sollen 500 Euro Studiengebühren im Semester zahlen. Pro Bremer StudentIn und Semester will der Senat 500 Euro aus dem Länderfinanzausgleich an die Hochschulen geben. Die fiktiven Einnahmen aus den Studiengebühren werden den Hochschulen allerdings von ihrer Grundfinanzierung abgezogen – ein fieser Trick, den sich das Verwaltungsgericht hoffentlich nicht gefallen lässt!

i Silvia Schön ☎ 3011-231

Bremer Klinikskandal: Fass ohne Boden

Autoritärer Führungsstil, Selbstüberschätzung der Akteure, naive Wirtschaftsgläubigkeit und eine Missachtung demokratischer Spielregeln – das sind Bestandteile, die den Nährboden bilden, auf dem der Bremer Klinikskandal gedeihen konnte.

Nach den bisherigen Erkenntnissen kristallisiert sich für Karoline Linnert, Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ›Klinikverbund‹ heraus, dass es um viel mehr geht als um die mutmaßliche kriminelle Energie eines Herrn Lindner. Bereits beim Einstellungsverfahren von Tissen und Lindner hat sich niemand an die sonst üblichen Regeln gehalten. Weder wurden Auskünfte bei früheren Arbeitgebern eingeholt noch polizeiliche Führungszeugnisse angefordert. Die ehemalige Gesundheitssektorin Karin Röpke und ihr Staatsrat Knigge wollten ihre Klinik-Umbaupläne um jeden Preis durchsetzen und haben die zahlreichen Hinweise von Menschen zu den krummen Geschäften Lindners ignoriert. Dieser konnte teure Gutachten ohne Gegenleistung in Auftrag geben und Verträge mit anderen Kliniken abschließen, an denen Bremen

noch lange zu zahlen haben wird. Nahezu sämtliche Kontrollinstrumente der vier Bremer Kliniken haben versagt: Das Geschäftsführerteam in Bremen-Ost hat die eigene Geschäftsordnung nicht angewendet und war dem Lügenbaron Lindner hilflos ausgeliefert, Aufsichtsratsmitglieder kannten ihre Rechte und Pflichten nicht. Die politische Verantwortung trägt jedoch der Bremer Senat, dessen Pflicht es ist, seine ausgelagerten Gesellschaften ordentlich zu führen.

All das ist bitter und weit entfernt von einer Kultur, in der Kontrolle notwendig und erwünscht und die Teilung von Macht Grundlage der Demokratie ist. In dem, was der Untersuchungsausschuss zutage fördert, liegt jedoch zugleich auch eine Chance. Die erwarteten Empfehlungen werden wichtige Säulen grüner Politik befördern: Transparenz, Kontrolle und klare Verantwortlichkeiten.



Karoline Linnert

Kevin – Opfer einer brutalen Sozialpolitik

Im Oktober letzten Jahres haben die Grünen einen Untersuchungsausschuss durchgesetzt, der den Tod des kleinen Kevin aus Gröpelingen schonungslos aufklären soll.

Für Klaus Möhle, grünes Mitglied im PUA ›Kindeswohl‹, steht nach bisherigen Erkenntnissen fest: ›Im Amt für Soziale Dienste herrschen chaotische Zustände. Keine nachvollziehbare Aktenführung, kein vernünftiges Kontrollsystem, über Monate hinweg keine Besuche vor Ort: Kevins Schicksal offenbart das totale Versagen der Behörde.‹ Der kleine Junge wurde am 10. Oktober 2006 tot im Kühlschrank seines Stiefvaters gefunden. Obwohl die Probleme und Lebensumstände der Familie und das Leid des kleinen Jungen den Behörden seit langem bekannt waren, hat sich über viele Monate hinweg niemand ein persönliches Bild von der Situation gemacht. Klaus Möhle: ›Bei aller persönlichen Betroffenheit darf man die politische Verantwortung für diesen Fall nicht aus dem Blick verlieren. Die ist mit dem Rücktritt der damaligen Sozialsenatorin Karin Röpke noch lange nicht geklärt. Die Sozialarbeit in Bremen ist

vor die Hunde gegangen, weil Sparvorgaben und Budget mehr zählten als das Wohl der Betroffenen. Der zuständige Staatsrat Knigge hat Druck gemacht, und der wurde dann vom Amtsleiter rücksichtslos an die MitarbeiterInnen weitergegeben. Wenn man deren Aussagen hört, fällt einem nichts mehr ein: Da ist von Drill die Rede, von alptraumhaften Zuständen, von brutaler Sozialpolitik.‹

Die Grünen haben eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um Kindern und Familien in Not dauerhaft besser zu helfen: eine Stärkung der Familienhebammen, die Wiederbelebung der Abteilung ›Aufsuchende Familienberatung‹, die mit dem Sparpaket der großen Koalition aufgelöst worden war. Ein regelmäßiges Fachcontrolling soll die Überforderung einzelner Mitarbeiter frühzeitig aufdecken und für deren Unterstützung sorgen.

Klaus Möhle



Gastkommentar

Aufklärung muss
erzungen werden

Opposition sei dank

Die große Koalition kann wirklich froh sein, dass es eine rege kleine Opposition gibt. Die Grünen haben den Untersuchungsausschuss Kindeswohl beantragt – und nach kurzem verärgerten Zögern haben SPD wie CDU zugestimmt. Alles andere würde ihnen heute zum Vorwurf gemacht. Der grüne Innenpolitiker Matthias Güldner hat jetzt Akteneinsicht bei Verfassungsschutz und Innenbehörde in Sachen Murat Kurnaz beantragt – SPD wie CDU schlossen sich an.

Die Regierungsfractionen hätten den Schritt von sich aus nicht tun können – das wäre quasi ein Missbrauchsantrag gegen den Innensenator und seine Ressortverantwortung gewesen und in einer Kultur der parlamentarischen Gefolgschafts-Demokratie kommt sowas nicht vor.

Den Grünen sei Dank, können nun alle versuchen herauszubekommen, auf welcher Grundlage eigentlich damals, 2001, der in Bremen aufgewachsene Murat Kurnaz nach Guantanamo verschleppt wurde.

Dass die US-Dienste, denen Kurnaz in Pakistan gegen Geld überantwortet wurde, etwas über den aus Bremen stammenden Türken wussten, ist unwahrscheinlich. Hat die Entscheidung der US-Behörden sich wesentlich auf die aus Bremen gelieferten Informationen gestützt? Und welche Qualität haben solche Erkenntnisse? Innensenator Thomas Röwekamp hat die Position der Bundesregierung, Kurnaz für einen gefährlichen Burschen zu halten, aktiv unterstützt. Auf welcher Erkenntnisgrundlage eigentlich? Darüber schweigt Bremens zweiter Bürgermeister. Aufklärung muss erzungen werden. Man darf gespannt sein.

Klaus Wolschner
taz Nord vom 6.2.2007

(Wiederabdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.)

Bremen kinderfreundlich machen

Bremen ist kinderfreundlich – zumindest auf dem Papier. Auf konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen will sich die große Koalition lieber nicht festlegen.

Ein abstraktes Papier ist der ›Aktionsplan kinderfreundliches Bremen‹, wenn man ihn nicht mit Leben füllt. Bereits im März 2005 hatte die grüne Fraktion die Umsetzung in Bremen gefordert und einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der in die Sozialdeputation überwiesen wurde. Stellungnahmen der Senatoren wurden angefordert, die heute noch nicht vorliegen würden, hätten die Grünen nicht im Februar 2006 wieder nachgehakt, diesmal mit einer Großen Anfrage. Wieder verging viel Zeit, und erst nach insgesamt 20 Monaten wurde der fertige Bericht in der Bürgerschaft beraten. Während SPD und CDU den Aktionsplan weiterhin abstrakt behandeln und keinen Bedarf sehen, konkrete Aufgaben oder Ziele zu formulieren, haben die Grünen eine Reihe von Vorschlägen: Die Innenstadt muss kinderfreundlicher werden! Ein Spielhaus, in dem Kinder sinnvoll ihre Zeit verbringen können, während die Eltern einkaufen, wäre ein erster sinnvoller Schritt. Bremen muss mehr Spielräume für Kinder schaffen; Stadtteile wie das Viertel oder Findorff, die zugeparkt sind mit Autos, bieten Kindern wenig Möglichkeiten, gefahrlos zu spielen. Außerdem müssen Kinder und Jugendliche viel stärker an wichti-

gen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden! Sie sollen mitgestalten können, wenn es zum Beispiel um Jugendeinrichtungen oder Projekte für Kinder und Jugendliche im Stadtteil geht. Vorstellbar wäre auch ein Topf mit den Globalmitteln für Jugendprojekte, um die sich Jugendliche bewerben können – Huchting geht da mit gutem Beispiel voran.



Umziehen bis der Rechnungshof kommt

Bei der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Grünen zum Thema ›Umzüge von Landesbehörden und Gesellschaften‹ hat man nicht den Eindruck, dass es sich bei Bremen um ein Haushaltsnotlageland handelt. Gilt Sparsamkeit nur für die Bürgerinnen und Bürger?

Das bremische Umzugskarussell wurde in der Amtszeit der großen Koalition in immer schnellere Drehbewegungen versetzt. Objekte im Gesamtwert von 14 Millionen Euro wurden geräumt und verkauft, aber gleichzeitig hat der Senat durch die Umzüge 17 Millionen Euro Umzugskosten verursacht. Unterm Strich hat Bremen mit den angeblichen Synergieeffekten noch nicht einmal die Möbelpacker bezahlt, geschweige denn langfristige Kosteneinsparungen erzielt.

Das zeigen einige Einzelbeispiele:

- Der Umzug des Hafenssorts aus Bremen nach Bremerhaven und wieder zurück hat insgesamt 466.000 Euro gekostet. Ein Umzug, der sich als eine völlig unsinnige Verschwendung von Steuermitteln herausgestellt hat.
- In der Stresemannstraße wurde nun das Stadtamt mit all seinen Unterabteilungen zusammengefasst, auch das sollte angeblich Kosten sparen. Man hat allerdings vergessen, dass für die alten Räumlichkeiten in der Funkschneise ein Mietvertrag bis 2011



Teurer ›Spaß‹ mit ungesundem Klima:
das Siemenshochhaus

besteht. Hier werden jedes Jahr noch einmal über 500.000 Euro für ein leer stehendes Gebäude vergeudet.

- Beim Umzug des Bau- und Sozialressorts in das Siemens-Hochhaus wurde eine Mietsteigerung von 390.000 Euro im Jahr fällig. Dazu kommen Umzugskosten von 1,7 Millionen Euro. Der Rechnungshof beziffert die Kosten und Folgekosten des An- und Verkaufs des Siemens-Hochhauses und der folgenden Behördenumzüge mit insgesamt 20 Millionen Euro.
- Die Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) beansprucht nach ihrem Umzug in das edle Kontorhaus am Markt 40 Prozent mehr Fläche und zahlt eine 4 Prozent teurere Miete.

Überflüssig wie ein Kropf

Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz (SPD) träumt von einem neuen Amtssitz in der Stadtmitte. Dass die Stadt Bremerhaven bis über beide Ohren in den Miesen ist, scheint ihn dabei nicht zu kümmern.

Die Verschuldung der Stadt Bremerhaven wird vermutlich in diesem Jahr die Milliarden-Schwelle überschreiten. Nichtsdestotrotz hat der Bremerhavener Oberbürgermeister Jörg Schulz große Pläne. Ein neues Rathaus soll am Theodor-Heuss-Platz gebaut werden, dort, wo das stark sanierungsbedürftige ehemalige Nordsee-Hotel Naber steht. Mindestens 10 Millionen Euro soll der Umbau kosten, eine Summe, die angesichts der wirtschaftlichen Lage der Stadt nicht nur die Grünen auf die Palme bringt.

Doris Hoch, für die Grünen im Landtag zuständig für Bremerhaven: »Für die angeblich so hohe Symbolkraft eines Rathauses in der Stadtmitte kann sich in Bremerhaven niemand etwas kaufen. Investitionen in öffentliche Gebäude bringen keinen einzigen Arbeitsplatz und auch keine Steuern. Stattdessen würden weitere Schulden angehäuft.«

Doris Hoch erinnert daran, dass die ehemaligen Kasernen im Stadtteil Lehe mit erheblichem Aufwand in die so genannten »Stadthäuser« umfunktioniert wurden, um den Anforderungen einer Stadtverwaltung gerecht zu werden. Die aufwändige Renovierung des Bürgermeisterbüros im Jahr 2000 (Kosten: 360.000 DM) ist auch noch vielen BürgerInnen im

Gedächtnis. »Wichtiger als die Errichtung von Statussymbolen ist eine bürgernahe und vor allem transparente Politik in Bremerhaven«, stellt Doris Hoch fest. »So lange sich der Oberbürgermeister weigert, die Gehälter offen zu legen, die er an seine Geschäftsführer zahlt, und weiterhin Geld für teure Projekte verschwendet, ist es unmöglich, den Menschen zu vermitteln, dass sie den Gürtel enger schnallen sollen.«



Ein Traum von einem Rathaus für den Seestadt-Schulzen!

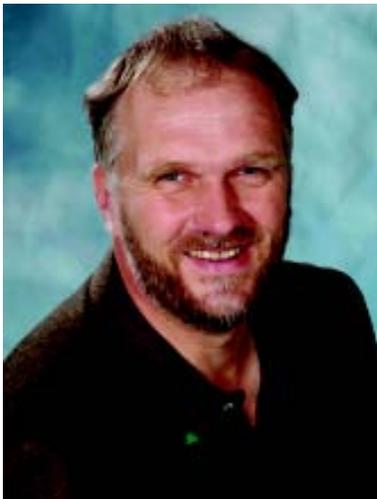
grün: *in der Mache*

Armut grenzt aus!

In Bremen ist ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen. Es beschneidet ihren Blick auf die Welt, birgt das Risiko übermäßigen Medienkonsums und vor allem nimmt es Selbstbewusstsein und Neugierde. Der Sozialhilfe-Regelsatz für ein Kind bis 14 Jahre beträgt 207 Euro im Monat – davon können Eltern weder die Kosten für ein Schulmittages-

sen in einer Ganztagschule bezahlen noch das notwendige Lernmaterial anschaffen. Die Teilnahme an Schulausflügen, die Inanspruchnahme von Musikunterricht oder der Sportverein, all das fällt für Kinder und Jugendliche aus erwerbslosen Familien häufig flach. In einem Bürgerschaftsantrag fordern die Grünen den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Erhöhung der Regelleistungen der Sozialhilfe und im Arbeitslosengeld II einzusetzen. Diese müssen so festgelegt werden, dass die Grundsicherung ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Als Sofortmaßnahmen wollen die Grünen, dass Lernmittel sowie die Teilnahme an Musik- und Sportangeboten für SchülerInnen künftig als Sachleistung zur Verfügung gestellt werden. Die Kostenbeteiligung für Mittagessen in Schulen und Kindergärten soll erhöht und auch eintägige Schulausflüge sollen gefördert werden.

Bremen liegt mit seiner besonders hohen Anzahl von Langzeitarbeitslosen im Bundesdurchschnitt weit vorn. Gerade deshalb sollte sich der Stadtstaat verpflichtet fühlen, eine Vorreiterrolle zu spielen und der Ausgrenzung der betroffenen Familien vehement entgegenzutreten.



Der grüne Sozialpolitiker Dirk Schmidtman

grün:termine

Bildung

9. März

Achtung: Talentschmiede!
Wie Kindergärten und Schulen sich neu erfinden

Grüner Bildungsfachtag mit Vorträgen von

Prof. Dr. Wolfgang Tietze (Freie Universität Berlin)

Prof. Dr. Mats Ekholm (OECD-Experte, Universität Karlstad, Schweden)

Begrüßung und Einführung:

Anja Stahmann (bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion)

9.30-ca. 18.30 Uhr, Festsaal
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, 28195 Bremen

Frauen

12. März

Frauen in der Bürgerschaft

Rundgang und Gespräch mit

Christine Holzner-Rabe (Kulturwissenschaftlerin)

Karin Mathes (stellvertr. Bürgerschaftspräsidentin)

Karoline Linnert (grüne Fraktionsvorsitzende)

18.00 Uhr, Raum III
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, 28195 Bremen

Um Anmeldung wird gebeten unter
0421/3011-0.

service & impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN in der
Bremischen
Bürgerschaft

Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250

e-mail: fraktion@
gruene-bremen.de
internet www.gruene-
bremen.de

Grundlayout
Designbüro
Möhlenkamp

Redaktion + Satz
Thomas Kollande

Fotos
Birte Ahlers, Dagmar
Bleiker, Monika Heuß,
Thomas Kollande, Jörg
Michaelis, Andrea
Quick, Antrhin Simon,
Wikipedia-Benutzer
Softeis (ID 1365)

Druck: Geffken &
Köllner, Bremen